Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.

Lagebericht für das Jahr 2025

I. Grundlagen des Unternehmens / Geschäftsmodell des Vereins

Der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Landesverband Berlin e.V. ist ein anerkannter Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und ein Mitgliedsverband im Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. Der AWO Landesverband Berlin e.V. umfasst sechs Kreisverbände sowie 64 korporative Mitglieder. Bei der Arbeiterwohlfahrt und ihren korporativen Mitgliedern in Berlin sind rund 8500 Mitarbeitende beschäftigt. Im Landesverband gibt es durchschnittlich 163 Mitarbeitende und 371 Freiwilligendienstleistende in den Programmen Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Bundesfreiwilligendienst (BFD). Als Verband zählt die Berliner AWO derzeit ca. 4.500 Mitglieder.

Der AWO Landesverband Berlin e.V. wird durch einen hauptamtlichen Geschäftsführer in den operativen Belangen geführt und verbandspolitisch und strategisch durch den ehrenamtlichen Vorstand geleitet und beaufsichtigt. Weitere Organe des Vereins sind der Landesausschuss sowie die Landesdelegiertenkonferenz.

Als Wohlfahrtsverband ist die AWO in verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit tätig, wie beispielsweise im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe, der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe, in der Seniorenarbeit, der Migrationssozialarbeit und der Pflege sowie in vielen weiteren Bereichen, um bei der Bewältigung sozialer Probleme und Aufgaben mitzuwirken. Dabei steht stets die Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund. Die Werte Solidarität, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Toleranz sind die Grundlagen für das Handeln in der Arbeiterwohlfahrt.

Die Hauptfunktion des Landesverbandes liegt in der Brückenfunktion zwischen Politik, Gesellschaft und Landesverwaltung, dem AWO Bundesverband und den Mitgliedsorganisationen. Als Dachverband der einzelnen Gliederungen und Mitgliedsorganisationen nimmt der Landesverband zumeist koordinierende Aufgaben und die Dienstleistungsfunktion wahr. Ferner vertritt der Landesverband die Interessen der AWO in verschiedenen Gremien auf Landesebene und ist zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus ist er selbst Träger von Angeboten in den Bereichen:

- Freiwilligendienste für Berlin und Brandenburg
- JugendKulturZentrum Pumpe
- Anlauf- und Beratungsstelle für Pflegekinder (Ombudsstelle)
- Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften
- Migrationssozialdienste
- Fachstelle für Migration und Behinderung und Digitale Teilhabe Seniorennetz Berlin

Für die Belange und Interessen von Kindern und Jugendlichen setzt sich in besonderem Maße auch das Landesjugendwerk ein, das Teil des Landesverbandes der Arbeiterwohlfahrt Berlin e.V. ist.

Weiterhin ist der AWO Landesverband Berlin alleiniger Gesellschafter der 100%igen Tochtergesellschaft AWO pro:mensch gGmbH. Diese ist vor allem in den Feldern Hilfen zur Erziehung, Kindertagesstätten und Integration tätig.

Der Landesverband hat darüber hinaus noch folgende Beteiligungen:

- 40%: GSE Gesellschaft für StadtEntwicklung gemeinnützige GmbH
- 5%: Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BWB)
- 3%: AWO lifebalance GmbH

Zum AWO Landesverband Berlin gehören zudem die Stiftung SPI - Sozialpädagogisches Institut Berlin "Walter May" sowie die Franz-Neumann-Stiftung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Veränderungen der branchenbezogenen Rahmenbedingungen im Bereich der Erbringung sozialer Dienste können über die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Mitglieder auch auf den Landesverband einwirken, da die Leistungen im Bereich Spitzenverband zu einem wesentlichen Teil aus Mitgliedsbeiträgen refinanziert sind. Alle oben aufgeführten operativen Aufgabenfelder sind durch Bundes- und Landeszuwendungen finanziert. Es sind Eigenanteile einzubringen. Im Bereich des Jugendkulturzentrums Pumpe sind ferner Miet- und Pachteinnahmen zu erwirtschaften.

Im Jahr 2025 gab es im Bereich der korporativen Mitglieder drei Neueintritte und zwei Austritte zu verzeichnen. Die Mitgliederstärke der korporativen Mitglieder ist mit aktuell 64 Mitgliedschaften somit leicht gestiegen.

a) relevante Veränderungen der fachpolitischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Bund und Land

Die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit sind im Jahr 2025 verglichen mit den Vorjahren noch einmal komplexer geworden: der Ukrainekrieg, der Nahostkrieg, Regierungswechsel in den USA, Neuwahl des Deutschen Bundestages und Konstituierung einer neuen Regierung sowie die hohen Inflationsrate. Alle diese Faktoren spielen in das Geschehen in der Bundeshauptstadt und damit in unsere Arbeit ein.
Die Auswirkungen der neuen Bundesregierung und die damit verbundenen Veränderungen in der sozialpolitischen Ausrichtung wurden im Laufe des Jahres 2025 zunehmend spürbar. Insbesondere zeichnet sich eine stärkere Orientierung an einem konservativen Gesellschaftsbild ab, das sich deutlich auf verschiedene Arbeitsfelder auswirkt. Dies betrifft vor allem den Bereich Migration, die Gestaltung und Ausrichtung von Freiwilligendiensten – insbesondere im Kontext einer möglichen Wiedereinführung oder Ausweitung eines Wehrdienstes – sowie die Arbeit mit Geflüchteten.

In diesen Bereichen zeigen sich veränderte politische Prioritäten, die nicht nur strukturelle Anpassungen, sondern auch neue Herausforderungen für Träger, Initiativen und Fachkräfte mit sich bringen. Die Verschiebungen beeinflussen sowohl die Rahmenbedingungen als auch die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit und erfordern eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit den politischen Entwicklungen sowie eine Anpassung der eigenen Konzepte und Strategien.

Vor allem war auch zusammen mit der LIGA massive Lobbyarbeit notwendig, um unmittelbare Kürzungen im Berliner Doppelhaushalt 26/27 abzuwenden. Es gelang unter anderem die kompletten Tarifvorsorgen sicherzustellen. Zudem wurden auch die Projekte des Landesverbandes gesichert. Darüber hinaus hat die AWO gemeinsam mit ver.di und über 50 weiteren Verbänden das „Bündnis für ein Soziales Berlin" initiiert, um mit Blick auf die möglichen Kürzungen auf die Bedeutung der sozialen Infrastruktur, die durch die freien Träger geleistet wird, aufmerksam zu machen.

Auf Landesebene wurden ferner die Verhandlungen zum Rahmenvertrag Eingliederungshilfe sowie zur Kindertagesstättenbetreuung als auch der 4. Rahmenfördervertrag verhandelt und zum Jahresende jeweils unterschrieben. Die mit den Einigungen verbundenen Auswirkungen sind noch nicht klar zu definieren, denn bei den beiden erstgenannten Verträgen haben sich Berechnungssystematiken, IT-Verfahren und in Teilen Leistungskataloge für die Träger verändert. Es ist somit nicht eindeutig, dass es für die AWO-Träger nicht auch zu Verwerfungen kommen wird.

Die Einigung beim Rahmenfördervertrag hat positive Auswirkungen, da es für alle beteiligten Projekte Planungssicherheit gibt.

b) relevante Veränderungen verbandspolitischer Rahmenbedingungen

Nach §8 Landeskonferenz Absatz 11 Nr. 1 der Satzung des Landesverbandes vom 11.10.2025 ist eine außerordentliche Landeskonferenz einzuberufen, wenn mindestens zwei Kreisverbände dies verlangen. Zum Jahresende wurden schriftlich Anträge von den Kreisverbänden Südost und Spandau zu einer außerordentlichen Landeskonferenz angekündigt und eingereicht.

Als Grund für eine solche wird die zeitnahe Übertragung der Änderungen des Verbandsstatuts durch die Bundeskonferenz vom 15.11.2025 in die Satzung des Landesverbandes angeführt. Im Speziellen betrifft dies die Änderungen unter Ziff. 13 Abs. 3 (i) (cc) Satz 1-3 zur Öffnung für die AWO-Hauptamtlichen/Beschäftigten, welche gleichzeitig über eine AWO-Mitgliedschaft verfügten und AWO-Ämter übernehmen. Am 27. Januar 2026 wurde dies in der regulären Vorstandssitzung beschlossen und als Termin November 2026 festgesetzt.

c) Ausgewählte fachliche und verbandliche Schwerpunkte der Arbeit

Auch in den Jahren 2025 und 2026 übernehmen wir erneut den Vorsitz in der Liga der Freien Wohlfahrtspflege Berlin. Als Landesverband haben wir dafür unsere Ressourcen gezielt gebündelt und mit den vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein kompetenzstarkes Liga-Team aufgebaut, das die vielfältigen Aufgaben der Federführung koordiniert und umsetzt.

Zu den zentralen Aufgaben in dieser Rolle gehört insbesondere die Organisation und Abstimmung aller relevanten Termine. Dazu zählen Gespräche mit dem Regierenden Bürgermeister, den für die Liga wichtigen Senatorinnen und Senatoren sowie der kontinuierliche Austausch mit den demokratischen Parteien und Fraktionen auf Landesebene. Ziel ist es, die Anliegen der Freien Wohlfahrtspflege sichtbar zu machen und aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. So thematisierte der Jahresempfang 2025 die „Digitale Armut" und forderte die Verankerung eines digitalen Existenzminimums für einkommensschwache Gruppen.

Darüber hinaus werden in enger Abstimmung innerhalb der Liga zentrale Themen identifiziert, priorisiert und fachlich weiterentwickelt. Dies beinhaltet sowohl die inhaltliche Vorbereitung von Positionierungen als auch die strategische Begleitung ausgewählter Schwerpunktthemen, um die sozialpolitische Arbeit in Berlin nachhaltig mitzugestalten.

Konkret konnten wir im Liga-Vorsitz mehrere Rahmenverträge verhandeln, intensiv die Haushaltsberatungen begleiten, das neue Bildungsprogramm der Bildungssenatorin begleiten und die Mitarbeiter*innen der Verbände zu einer Großdemonstration bewegen.

Im Berichtszeitraum erhielten wir die Zuwendungszusage im Rahmen des ESF-Sozialfondsprogramm „Rückenwind". Mit dem dreijährigen Projekt kann der Landesverband seine Digitalisierungsstrategie definieren und umsetzen. Bereits bestehende Ansätze werden dabei gebündelt und zu einem Gesamtkonzept weiterentwickelt. Ziel ist es, alle Mitarbeiter*innen des Landesverbandes zur aktiven Teilhabe an digitalen Prozessen zu befähigen und bestehende Barrieren abzubauen. Es werden zudem die Strukturen für den Einsatz von KI definiert, erprobt und eingeführt. In der Summe soll das Projekt alle Mitarbeiter*innen befähigen, unterschiedlichste Tools einzusetzen und dies in einem datenschutzkonformen und den Zielen und Werten der AWO entsprechendem Rahmen. Das Projekt umfasst drei Personalstellen und ist bei der stellvertretenden Landesgeschäftsführerin angesiedelt.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

a) Ertragslage

Der Gesamtertrag des Arbeiterwohlfahrt Landesverbandes Berlin e.V. betrug ohne Berücksichtigung der Zinserträge in 2025 TEUR 14.953 (i. Vj. TEUR 14.120). Das entspricht einer Erhöhung von ca. 5,9 %.

Der Gesamtaufwand stieg um ca. 5,1 % auf TEUR 14.785 (i. Vj. TEUR 14.069).

	2025		2024		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Zuwendungen	9.983	66,8	9.389	66,5	584
Umsatzerlöse	3.466	23,2	3.192	22,6	274
Mitgliedsbeiträge und Kreisumlage	1.395	9,3	1.152	8,2	243
sonstige betriebliche Erträge	109	0,7	377	2,7	-268
Betriebliche Erträge	**14.953**	**100,0**	**14.120**	**100,0**	**833**
Personalaufwand	-11.901	-79,6	-11.179	-79,2	-722
Materialaufwand/ Bezog. Leistungen	-432	-2,9	-415	-2,9	-17
sonstige betrieblichen Aufwendungen	-2.385	-16,0	-2.416	-17,1	-31
Betriebliche Aufwendungen	**-14.839**	**-99,2**	**-14.010**	**-99,2**	**-829**
Betriebsergebnis (EBITDA)	**235**	**1,6**	**110**	**0,8**	**125**
Abschreibungen (nicht gefördert)	-67	-0,5	-59	-0,4	-8
Betriebsergebnis (EBIT)	**168**	**1,1**	**51**	**0,4**	**116**
Finanzergebnis	46	0,3	53	0,4	-7
Neutrales Ergebnis	85	0,6	-1	0,0	86
Jahresergebnis	299	2,0	103	0,7	196

Die betrieblichen Erträge konnten im Berichtszeitraum um TEUR 833 auf TEUR 14.120 gesteigert werden. Dies ist wesentlich auf zusätzliche Projekte und höhere Einnahmen aufgrund von Tarifsteigerungen zurückzuführen.

Für die Entwicklung ist zum einen der Anstieg der Teilnehmendenzahlen in den Freiwilligendiensten und zum anderen die hinzugewonnenen Zuwendungsprojekte ausschlaggebend. Die Anlauf- und Beratungsstelle (Prio) arbeitete im Jahr 2025 ganzjährig. Das Projekt Fachstelle Migration Pflege und Alter (FaMiPA) nahm im Sommer 2025 ihre Arbeit auf. Einen Rückgang verzeichneten wir im Projekt Seniorennetz. Hier war im Vorjahr eine Sonderzuwendung zur Gestaltung des digitalen Angebotes in Höhe von TEUR 200 bewilligt worden.

Die Minderausgaben (TEUR 2.506; i.Vj. TEUR 2.701) in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren überwiegend aus dem Einmaleffekt der Umzugskosten in 2024. Der Rückgang der Raumkosten im Vergleich zum Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass in 2024 aufgrund des Umzugs in die Geschäftsstelle für den Bereich Vormundschaften/Beistandschaften doppelte Miete gezahlt werden musste. Der Anstieg der EDV-Kosten ist der Einführung der digitalen Akte in den Vormundschaften/Beistandschaften geschuldet. Der Aufwuchs in den Rechts- und Beratungskosten geht zurück auf die LIGA-Federführung. Der Landesverband legt die Kosten vor und berechnet sie anteilig an die anderen Verbände weiter

Ein Mehraufwand in 2025 entstand bei den Personalkosten, wesentlich bedingt durch die Tarifsteigerungen in 2025 und einem Personalaufwuchs durch neue Projekte.

Insgesamt hat der Landesverband das negative Planergebnis von TEUR 212 deutlich übertroffen. Im Migrationsbereich war bei Planerstellung von einer höheren Zuwendungssumme und damit verbunden einem weiteren Aufwuchs der Projekte ausgegangen worden. Aufgrund nicht vorhersehbarer Reduzierungen der Zuwendungen im Bereich Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) sowie Jugendmigrationsdienste (JMD) waren die Einnahmen erheblich geringer. Darüber hinaus wurde auf Nachbesetzungen von Stellen verzichtet, um das resultierende Defizit gering zu halten. Der Differenz im Projekt Vormundschaften/Beistandschaften liegt eine fehlende Finanzierungszusage im Planungszeitraum zugrunde. Die Abweichung in den Freiwilligendiensten resultiert aus höheren Teilnehmendenzahlen im Projekt.

b) Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt TEUR 7.405 (i. Vj. TEUR 7.207). Darin enthalten sind TEUR 175 für Beteiligungen an anderen Unternehmen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktivierung der neu programmierten digitalen Aktivitäten-Plattform für das Seniorennetz.

Die liquiden Mittel betrugen zum Bilanzstichtag TEUR 5.222 (i. Vj. TEUR 4.642).

Im Berichtsjahr war die Zahlungsfähigkeit des Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. zu jeder Zeit sichergestellt.

Vermögensstruktur:

	31.12.2025		31.12.2024		Veränd.
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Langfristig gebundenes Vermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	182	2,5	197	2,7	-15
Sachanlagen	228	3,1	246	3,4	-18
Finanzanlagen	175	2,4	175	2,4	0
Sonstige Vermögensgegenstände	486	6,6	486	6,7	0
	1.071	14,6	1.104	15,2	-33
kurzfristig gebundenes Vermögen					
Forderungen aus Zuwendungen	486	6,6	0	0,0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	188	2,5	327	4,5	-138
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	10	0,1	12	0,2	-2
Forderungen gegen nahestehende AWO-Organisationen	273	3,7	476	6,6	-203
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	155	2,0	646	9,1	-491
	1.112	14,9	1.947	27,1	-349
Liquide Mittel	5.222	70,5	4.642	64,4	580
Gesamtvermögen	7.405	100,0	7.207	100,0	198

Der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V. schloss das Wirtschaftsjahr 2025 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 299 (i. Vj. TEUR 103).

Das Eigenkapital beträgt TEUR 5.971 (i. Vj. TEUR 5.672). Die wirtschaftliche Lage kann als hinreichend stabil angesehen werden, was sich in der weiterhin soliden Eigenkapitalquote von 81 % (i.Vj. 79 %) ausdrückt. Für 2026 wird eine ähnliche Eigenkapitalquote erwartet.

Kapitalstruktur:

	31.12.2025		31.12.2024		Veränd.
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Eigenkapital					
Vereinskapital	2.411	32,6	2.411	33,5	0
Rücklagen	3.261	44,0	3.158	43,8	103
Bilanzgewinn	299	4,0	103	1,4	196
	5.971	80,6	5.672	78,7	299
Mittel- und langfristiges Fremdkapital					
Sonderposten für Zuwendungen (zur Finanzierung des Anlagevermögens)	244	3,3	282	3,9	-38
Sonstige Rückstellungen	35	0,5	35	0,5	0
	6.250	84,4	5.989	83,1	261
Kurzfristiges Fremdkapital					
Steuerrückstellungen	5	0,1	4	0,1	1
sonstige Rückstellungen	677	9,1	625	8,7	52
Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten	205	2,8	252	3,5	-47
Verbindlichkeiten ggü verbundenen Unternehmen	77	1,0	8	0,1	69
Verbindlichkeiten ggü nahestehenden AWO-Organisationen	0	0,0	101	1,4	-101
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungs-abgrenzungsposten	191	2,6	228	3,1	-37
	1.307	15,6	1.253	16,9	-63
Gesamtkapital	7.405	100,0	7.207	100,0	198

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

a) Prognosebericht

Auf der Grundlage des beschlossenen Wirtschaftsplanes geht der Vorstand für das Geschäftsjahr 2026 von einem Jahresüberschuss in Höhe TEUR 15 aus. Darin enthalten ist eine Entnahme aus Erbschaften für das Projekt AktivMobil in Höhe von TEUR 50.

Entwicklungen im laufenden Wirtschaftsjahr

Im April 2026 mussten wir trotz laufender Ausschreibung den IT-Dienstleister wechseln. Ein Abwarten bis zum Abschluss des aktuell laufenden Vergabeverfahrens war zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit nicht vertretbar. Die Mehrkosten hierfür sind in der aktuellen Wirtschaftsplanung nicht enthalten.

Ursache für den kurzfristigen Anbieterwechsel war eine akute Gefährdung der Betriebsfähigkeit. Seit Oktober 2025 kam es, verstärkt durch den Weggang des langjährigen IT-Administrators, zu erheblichen und anhaltenden Leistungsstörungen. Vertraglich geschuldete Leistungen wurden nicht mehr ausreichend erbracht; zentrale Systeme (u. a. E-Mail, Telefonie, Druck, Fachanwendungen) waren wiederholt oder dauerhaft nicht funktionsfähig, zugesagte Maßnahmen – einschließlich eines Aktionsplans – wurden nicht umgesetzt.

Die Kolleg*innen arbeiteten unter dauerhaft instabilen technischen Rahmenbedingungen an der Belastungsgrenze; zugleich bestanden konkrete Haftungsrisiken, etwa durch nicht erstellbare bzw. nicht fristgerecht übermittelbare Dokumente.

Die kurzfristige Ablösung führen zu erheblichen Mehrkosten. Diese resultieren insbesondere daraus, dass neben der Dokumentation der bestehenden IT-Infrastruktur auch eine vollständige Einarbeitung des neuen Dienstleisters erforderlich war. Zudem waren umfangreiche Instandsetzungs- und Nacharbeiten zur Behebung der zuvor entstandenen Mängel erforderlich.

Darüber hinaus wird ein neues Backupsystem und der Umzug in ein neues Rechenzentrum erforderlich, was ebenfalls bei Erstellung des Wirtschaftsplans nicht bekannt war.

Aufgrund der Auseinandersetzung mit dem vorherigen Dienstleister sind zudem erhebliche Anwaltskosten aufgelaufen.

Die Kosten für den erneuten Dienstleisterwechsel auf Grundlage des laufenden Vergabeverfahrens sind hingegen im Plan berücksichtigt.

Aufgrund der Tarifeinigung mit ver.di (zurzeit der Erstellung des Berichts findet die Redaktion statt) auf dem Niveau des Abschlusses des TV-L (insgesamt 5,8 Prozent mit einer Laufzeit von 26 Monaten) gehen wir aktuell von Einsparungen bei den Personalkosten aus, da diese höher geplant waren.

Auf der Einnahmenseite ist ein leichter Anstieg der Mitgliedsbeiträge der korporativen Mitglieder sowie der Kreisverbände zu erwarten.

Auf Basis dieser Überlegungen ist davon auszugehen, dass das geplante Ergebnis erzielt wird.

b) Chancen- und Risikobericht

Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und als überregionale Mitgliedsorganisation ist der Landesverband im Wesentlichen in marktfernen Leistungssektoren tätig. Er wird überwiegend aus Zuwendungen finanziert. Mit Marktpreisen vergleichbare Entgelte erhält der Landesverband im Regelfall nicht.

Die hieraus resultierende strukturelle Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln und Beiträgen der Mitgliedsverbände birgt sowohl Risiken bezüglich der mittel- und langfristigen Planungssicherheit als auch Risiken einer möglichen Rückzahlungsverpflichtung. Weiterhin lässt diese marktunabhängige Finanzierung regelmäßig kaum Spielraum zur Erwirtschaftung von Überschüssen und zur Generierung von Wachstumspotentialen.

Als Risiko ist die Haushaltslage des Landes Berlin anzusehen und die damit verbundenen inkongruenten Vorgehensweisen der einzelnen Fachverwaltungen in Bezug auf die Tarif-Refinanzierung (Zusagen zu Förderbeginn; Zusagen erst zum Jahresende). Es gibt einen beschlossenen Landeshaushalt 26/27, in dem die Projekte und Aufgaben des Landesverbandes abgebildet sind und damit grundsätzlich abgesichert. Dennoch handelt es sich um jährliche Finanzierungszusagen.

Ähnlich komplex gestaltet sich die Situation der Bundesgeförderten Projekte – vornehmlich der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE). In diesem letztgenannten Bereich wurde 2025 und 2026 nachgesteuert und Personal abgebaut bzw. freie Stellen nicht besetzt. Dies führte entsprechend zu einer Leistungsreduzierung aber gleichzeitig zur Stabilisierung des Bereiches.

Die neuen Projekte (Fachstelle Migration, Pflege, Alter, Aktivmobil, Ombudsstelle) ermöglichen dem Landesverband, im operativen Bereich die Arbeitsschwerpunkte Jugend und Senioren weiter zu stärken und innovativ zu halten. Die in diesen Projekten generierten Verwaltungsgemeinkosten werden in die Stärkung der Struktur (Support, Leitung) investiert und stabilisieren damit das Unternehmen. Wir sehen damit die Chancen einer Stabilisierung durch Verwaltungsgemeinkostendeckung sowie die Diversifizierung der Einnahmequellen durch die fachlich unterschiedlichen Projekte und auch durch unterschiedliche Fachverwaltungen.

Für das JugendKulturZentrum Pumpe konnten wir für die Haushaltsjahre 26/27 erstmals seit Jahren einen Aufwuchs in den Zuwendungen erreichen. Diese Mittel sollen in den Ausbau der Kernaufgaben – Kultur und Pädagogik mit Kindern – investiert werden, um damit den Standort stadtweit attraktiv zu halten. Gleichzeitig stellt die Interimsnutzung für das Gästehaus ein Risiko dar, da die im Rahmen eines Projektes für unbegleitete minderjährige Geflüchtete genutzt wird. Das Angebot wird massiv zurückgebaut und die Einnahme (Mieteinnahmen jährlich ca. EUR 100.000) brechen weg. Zurzeit wird ein Zukunftskonzept für die Pumpe entwickelt.

Hingegen ist ein bisher befürchtetes Risiko, nämlich ein sehr hoher energetischer Sanierungsbedarf am gesamten Standort, in Gesprächen mit dem Land und u.a. mit dem zuständigen Staatssekretär seitens des Landes als nicht hoch eingestuft worden und die Betriebskosten seien im angemessenen Rahmen.

Die insgesamt zu erwartende Haushaltslage des Landes (2027 Haushaltsdefizit von mind. Mrd. EUR 3), die sich langsam abzeichnenden bundesweiten Sozialreformen (Abbau von Leistungsstandards, Rechtsansprüchen) als auch Veränderungen in der sozialpolitischen Ausrichtung auf Bundesebene (veränderte Migrationspolitik, Wehrdienst vs. Freiwilligendienst, Kürzungen in den Bereichen HzE und Eingliederungshilfe) können zu unmittelbaren Auswirkungen der Einnahmeseite des Landesverbandes führen: durch den damit verbundenen Umsatz- und Erlösrückgang bei den Mitgliedsorganisationen und Kreisverbänden kann dies zum Rückgang der Mitgliedsbeiträge für den Landesverband führen. Wir setzen deshalb auf eine vorsichtige Haushaltsführung und Stärkung der Beratung unserer Organisationen durch die Referent*Innen.

Berlin, den 8. Juni 2026

.....
Ülker Radziwill
Landesvorsitzende

.....
Oliver Bürgel
Landesgeschäftsführer